



Amtsgericht Mettmann

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 30.10.2026, 11:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, Gartenstraße 7, 40822 Mettmann**

folgender Grundbesitz:

**Wohnungsgrundbuch von Mettmann, Blatt 7996,
BV lfd. Nr. 1**

186/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Mettmann, Flur 17, Flurstück 2038, Gebäude- und Freifläche, Moselstr. 17, Größe: 1.150 m² verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 6 bezeichneten Wohnung nebst Kellerraum

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine Eigentumswohnung im 2. Obergeschoss und Dachgeschoss des Hauses Moselstraße 17 in 40822 Mettmann. Die Wohnfläche beträgt knapp 130 m². Der Wohnung ist außerdem ein Kellerraum im Kellergeschoss sowie das Sondernutzungsrecht an der mit S2 bezeichneten Garage neben dem Wohnhaus zugeordnet. Die Wohnung verfügt im 2. Obergeschoss über 2 Zimmer sowie Küche, WC, Flur, Diele und Loggia sowie im Dachgeschoss über 2 Zimmer, Hauswirtschaftsraum, Bad, Abstellraum, Flur und Balkon.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 16.12.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

254.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.